

1. Sitzung
Berlin, 22. September 2003
Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Wolfgang Thierse: Guten Morgen, meine Damen und Herren!

(Einzelne Zurufe: Guten Morgen,
Herr Präsident!)

- Das klingt aber noch nicht sehr munter. Ich hoffe, dass sich das im Laufe des Tages ändern wird und Sie etwas leidenschaftlicher werden.

Liebe junge Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Zur ersten Sitzung der Veranstaltung „Jugend und Parlament“ im Plenarsaal des Deutschen Bundestages heiÙe ich Sie herzlich willkommen. Ich freue mich, dass über 400 junge Menschen aus ganz Deutschland und Gäste aus Nachbarländern unserer Einladung gefolgt sind. Besonders darf ich eine Klasse aus Perpignan in Frankreich begrüÙen, die an unserer Veranstaltung teilnimmt. Mein Kollege, der französische Parlamentspräsident Debré, hatte im Frühjahr eine Klasse aus Saarbrücken eingeladen. Ich freue mich, dass Sie, liebe französische Freunde, diese Gegeneinladung wahrnehmen können.

(Beifall)

Wir befinden uns im Zentrum des Reichstagsgebäudes - Sie haben das Haus ja schon gestern kennen lernen können - und damit im Herzstück unserer parlamentarischen Demokratie: Hier im Plenarsaal versammeln sich die frei gewählten Abgeordneten aus allen deutschen Ländern zu gemeinsamen Diskussionen; hier wird der Bundeskanzler gewählt; hier werden die Gesetze diskutiert und verabschiedet. Es ist Tradition, dass nicht jeder in den Plenarsaal kommen kann; nicht jeder darf diesen besonderen Ort betreten. Dass wir heute eine Ausnahme von dieser Regel machen, zeigt, wie wichtig uns der Dialog mit Ihnen ist.

Andere wichtige Orte der politischen Willensbildung im Bundestag sind die Ausschüsse. Deren Arbeit ist zwar weniger öffentlich - sie ist im Allgemeinen den Fernsehkameras verborgen -, aber besonders wichtig.

Bei „Jugend und Parlament“ gibt es Arbeitskreise, die, vergleichbar mit den Ausschüssen, die Abstimmung im Plenum vorbereiten. Die Themen der Arbeitskreise stellen einen Querschnitt der aktuellen politischen

Fragen unserer Gesellschaft dar. Wir, die Mitglieder des Deutschen Bundestages, interessieren uns für Ihre Meinung zu diesen Fragen.

Für mich war es wieder interessant, zu sehen, wie schnell sich die Themen, die oben auf der politischen Tagesordnung stehen, verändern. Als meine Kolleginnen und Kollegen vor einigen Monaten die Themen ausgewählt haben, standen auch noch andere Themen ganz oben in der Hitliste der politischen Agenda. Nun zeigt sich eine kleine Verschiebung. Das macht auch Ihre Wahl deutlich, in welchem Arbeitskreis die meisten von Ihnen mitarbeiten wollen. Das ist der Arbeitskreis mit dem Thema, wie wir es mit der Gerechtigkeit zwischen den Generationen halten. Diese Frage ist an die Spitze der Agenda gerückt, jedenfalls bei Ihnen. Sie werden sehen: Hierauf, aber auch zu den in den anderen Arbeitskreisen aufzuwerfenden Fragen Antworten zu finden, das ist nicht ganz leicht. Ich hoffe, Sie werden während Ihrer Diskussionen bemerken: Losungen sind schnell formuliert, Wünsche zu äußern ist das Leichteste auf der Welt, aber Antworten und Lösungen zu finden, die mehrheitsfähig, kompromissfähig und finanzierbar sind, das ist etwas schwieriger.

Jeweils zwei Abgeordnete des Deutschen Bundestages werden die Arbeitskreise leiten. Die Diskussionen und die Ergebnisse werden aber ganz entscheidend von Ihrem Engagement, Ihren Positionen und Ihren Gedanken abhängen. Am Ende soll jeweils ein Resolutionsentwurf stehen. Über jeden einzelnen Resolutionsentwurf soll morgen Vormittag hier im Plenum abgestimmt werden.

Viele von Ihnen verfügen bereits, wie ich gehört habe, über Erfahrungen in der politischen Arbeit, sei es in Parteien, in Verbänden oder in Bürgerinitiativen. Sie sind politisch also schon erfahren. Deshalb brauchen Sie eigentlich keine Ratschläge von mir. Dennoch möchte ich Ihnen für den heutigen Tag zwei kleine Anregungen mit auf den Weg geben.

Die erste Anregung, die in Ihren Augen vielleicht eine Trivialität, eine Selbstverständlichkeit sein mag: Diskutieren Sie mehr miteinander als immer nur gegeneinander. Jede Diskussion lebt von der Fähigkeit, einander zuhören zu können und die Meinung des anderen als gleichberechtigt zu akzeptieren.

(Beifall)

Ohne die Grundeinstellung, für die eigene Meinung engagiert streiten zu können, aber zugleich die Fähigkeit haben zu müssen, die andere Meinung anzuhören und zu respektieren, wäre ein Parlament nicht arbeits- und lebensfähig. Suchen Sie die demokratische Auseinandersetzung mit denjenigen, die andere Positionen vertreten; denn faire und friedliche Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden schärfen das eigene politische Profil. Natürlich gehören zu einer Diskussion auch Wortgefechte; aber bitte führen Sie diese mit Respekt vor dem anderen. Achten Sie bei der Wahl der Worte darauf, dass sie nicht verletzend sind. Manchmal sind Politiker in dieser Hinsicht kein Vorbild. Leidenschaft und Temperament sind das eine; aber es muss nicht zu Gemeinheiten kommen.

Meine zweite Anregung: Diskutieren Sie in den Arbeitskreisen und hier im Plenarsaal, wenn es irgendwie geht, spontan, lebendig und ohne die vielen Standardformulierungen und Floskeln, die man leider auch hier im Hause immer wieder hören kann. Aber wem sage ich das? Sie sind schließlich jung genug.

Es gibt - das wissen Sie doch schon - einen politischen Jargon. Ich gestehe Ihnen: Im vergangenen Jahr war ich erschrocken, wie viele junge Leute diesen politischen Jargon schon drauf haben. Das ist kein Gewinn. Ab und zu einmal eine frische Sprache zu hören, das macht mir jedenfalls Vergnügen - und vielleicht auch Ihnen. Tun Sie sich dieses Vergnügen an! Die Berufssprache der Politiker stellt sich noch früh genug ein, erst recht, wenn Sie sich nicht dagegen wehren.

Ihre Diskussionen sollen sich an den parlamentarischen Regeln des Deutschen Bundestages orientieren, zum einen weil sich diese Regeln als praktikabel und sinnvoll erwiesen haben, aber auch um Ihnen Gelegenheit zu geben, sich in der parlamentarischen Praxis zu bewähren und sich in ihr einzuüben. Eine dieser Regeln ist, dass der Präsident von zwei Schriftführern bei der Sitzungsleitung unterstützt wird. Gestern Abend wurden bereits die Schriftführer für heute und morgen Vormittag ausgelost. Es sind dies Isabelle Heinrich und Johannes Waldschütz. Der Schriftführer rechts von mir hat normalerweise die Aufgabe, die Beschlüsse des Parlaments festzuhalten. Der Schriftführer links von mir - in diesem Fall die Schriftführerin - führt die Rednerliste, notiert die Wortmeldungen für die Diskussion und hat einen strengen Blick auf die Redezeit. Er

muss immer besonders aufpassen; es geht zwar nicht um Sekunden - wir sind nicht so pingelig -, aber gelegentlich um Minuten.

Bevor Sie heute Nachmittag selbst in die parlamentarische Arbeit eintreten, möchten wir Ihnen nun die Gelegenheit geben, die verschiedenen Fraktionen des Deutschen Bundestages kennen zu lernen. Vertreter der vier Fraktionen werden sich und ihre Fraktion jeweils fünf Minuten im Plenum vorstellen. Es sind dies der Kollege Franz Müntefering für die SPD-Fraktion - er ist Vorsitzender der SPD-Fraktion -, Herr von Klæden für die CDU/CSU-Fraktion - er ist deren Parlamentarischer Geschäftsführer -, die Kollegin Katrin Göring-Eckardt für die Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen - sie ist eine der beiden Sprecherinnen - und sodann der Kollege Wolfgang Gerhardt für die FDP-Fraktion, deren Vorsitzender er ist.

(Beifall)

Im Anschluss werden die Fraktionen sich, ihre Arbeit und ihre Positionen in den eigenen Fraktionssälen ausführlich vorstellen. Dort stehen Ihnen auch viele Abgeordnete für Fragen und Diskussionen zur Verfügung.

Nun gebe ich als Erstem dem Kollegen Franz Müntefering für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall - Abg. Franz Müntefering (SPD) begrüßt einen Teilnehmer in der ersten Reihe und begibt sich dann zum Rednerpult)

- Das muss ich erklären: Dort sitzt üblicherweise Franz Müntefering.

(Teilweise Heiterkeit)

Franz Müntefering (SPD): Das ist mein Platz. Ich wollte wissen, wer da sitzt.

Ich begrüße Sie ganz herzlich im Namen der SPD-Bundestagsfraktion. Ich freue mich, dass Sie hier sind, sich das Parlament angucken und sich einmischen. Ich freue mich, dass auch Kolleginnen und Kollegen aus den Nachbarländern anwesend sind.

Es herrscht seit 58 Jahren Frieden in Europa. Das will ich Ihnen als einer aus der alten Generation mit auf den Weg geben. Wenn man in die Geschichtsbücher guckt, stellt man fest: Es gab noch nie 58 Jahre lang Frieden in Europa. Der Frieden ist ein riesiges Geschenk. Ich bitte Sie, dass Sie das Zusammenleben der Völker in Europa und in der Europäischen Union ganz ernst

nehmen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass man über Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und all die Dinge sprechen kann. Deshalb ist meine erste große Bitte an Sie: Sorgen Sie dafür, dass wir in Deutschland unter der Maxime leben, nach innen und nach außen gute Nachbarn zu sein, damit Europa eine Region des Friedens und der Zukunftsfähigkeit bleibt.

(Beifall)

Wir führen in diesen Wochen und Monaten in Deutschland - hier im Bundestag, im Bundesrat und in der Öffentlichkeit - heftige Debatten über viele ganz wichtige Themen. Ich bin seit langem dabei; ich habe aber noch nie erlebt, dass so viele so wichtige Themen in so kurzer Zeit behandelt wurden. Es geht um Entscheidungen von großer Bedeutung. Das wird auch Ihre Debatten bestimmen.

Ich will nur auf einen Aspekt, nämlich auf die Nachhaltigkeit und die Frage, wie weit nach vorne Politik blicken muss, zu sprechen kommen. Alle in diesem Land - auch ich - wollen soziale Gerechtigkeit, und zwar auf hohem Niveau und dauerhaft. Es ist aber nicht so leicht, die entsprechenden Bemühungen auf einen Nenner zu bringen. Soziale Gerechtigkeit hat Chancengerechtigkeit - die Möglichkeit zur Bildung und Qualifizierung -, Geschlechtergerechtigkeit - gleiche Chancen für Männer und Frauen -, Generationengerechtigkeit - Gerechtigkeit für die Generationen von heute und morgen - und Verteilungsgerechtigkeit zur Voraussetzung.

Ich glaube nicht, dass Verteilungsgerechtigkeit in unserem Land schon gegeben ist. Ich verstehe noch, dass der Vorsitzende einer Bank 20-mal so viel wie die Verkäuferin bei Aldi verdient; ich verstehe aber nicht, dass er 200-mal so viel verdient. Ungerechtigkeit ist in diesem Land noch vorhanden. Auch in diesem Zusammenhang lohnt sich der Streit.

Nachhaltigkeit ist verbunden mit der Frage, wie unsere Politik auf die lange und mittlere Frist gesehen wirkt. Demokratie - sie ist natürlich die beste aller Staatsformen - bringt ein Problem mit sich: Sie verführt dazu, sich immer wieder an der Dauer einer Legislaturperiode zu orientieren, als ob Politik auf vier Jahre angelegt sei. Vieles von dem, was wir heute machen oder nicht machen, hat jedoch Wirkung auf morgen und übermorgen. Das, was wir heute im Bereich von Bildung, Qualifizierung und Innovation nicht tun, wirkt sich in fünf, zehn oder

20 Jahren negativ aus. Deshalb muss Politik nicht nur Verantwortung für heute, sondern auch für morgen und übermorgen übernehmen. Politik kann heute nur gut sein, wenn sie auch für morgen und übermorgen gut ist. Das müssen wir immer im Blick haben.

(Beifall)

Wir werden in diesem Herbst eine Debatte über die bundesstaatliche Ordnung beginnen. Unser Grundgesetz ist ein absoluter Hit, es hat sich bewährt, es ist eine wirkliche Erfolgsstory. Das Grundgesetz - es galt zuerst im Westen und gilt jetzt in ganz Deutschland - ist die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt in diesem Zusammenhang aber auch viele Verhakungen und Verklemmungen. Wir müssen darüber sprechen, ob das Verhältnis zwischen Bund und Ländern noch stimmt, ob es eigentlich sein kann, dass die Zuständigkeiten so unklar sind und dass es in der Gesetzgebung zwischen Bundestag und Bundesrat so viele Möglichkeiten gibt, auszubremsen und aufzuhalten.

Die Diskussion darüber wird schwierig; sie wird uns ein Jahr lang begleiten. Es ist eine Diskussion, die gerade Sie, die Jüngeren, angeht. Es kann nicht sein, dass wir uns in unserer eigenen Demokratie nur aufhalten, sondern wir müssen entscheidungsfähig sein. Demokratie muss auch vernünftig organisiert sein. Deshalb muss hierüber debattiert werden, auch im Hinblick auf Europa und auf die kommunalen Parlamente. Auf diesen Feldern muss die Zusammenarbeit intensiv sein und bleiben.

Als Letztes möchte ich sagen: Mischen Sie sich ein! Wenn man Dinge besser machen will, wenn man daran glaubt, dass Fortschritt möglich ist und dass die Gesellschaft gestaltbar ist - das tun hoffentlich Sie alle -, dann muss man sich einmischen. Warten Sie nicht darauf, dass das irgendwer - Politiker oder diejenigen, die ansonsten die öffentliche Debatte führen - für Sie tut, sondern mischen Sie sich selbst ein! Nicht alle von Ihnen können einmal Bundeskanzler oder Bundeskanzlerin werden. Der Job wird so selten frei. Das Gleiche gilt für die Jobs der Minister und der Fraktionsvorsitzenden. Mischen Sie sich trotzdem ein! Ich kann Ihnen nur sagen: Es lohnt sich. Politik macht - bei allem Ärger, den es natürlich auch gibt - Spaß.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Als Nächster spricht Eckart von Klaeden für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall)

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Guten Morgen! Ich sage heute auch einmal aus gegebenem Anlass: Grüß Gott!

(Beifall)

Ich bin noch ein bisschen von der Trauerfeier gestern angeschlagen; denn wir haben erlebt, dass mehr als ein Drittel in Bayern nicht CSU gewählt hat.

(Teilweise Beifall - Teilweise
Widerspruch)

Herzlichen Glückwunsch auch an die Grünen zum guten Wahlergebnis! Zum Trost für SPD und FDP: Meine Partei, die CDU, hat gestern in Bayern überhaupt keine Stimme bekommen.

(Heiterkeit)

Ich würde gerne die französischen Gäste auf Französisch begrüßen - ich freue mich sehr, dass sie da sind -; aber mir geht es mit der französischen Sprache wie mit meiner Verlobten: Ich liebe sie, aber ich beherrsche sie nicht.

(Heiterkeit)

Herzlich willkommen! Ich freue mich, dass Sie da sind. Ich wünsche Ihnen im Namen meiner Fraktion, dass Sie ein paar schöne Tage hier in Berlin verbringen, und hoffe, dass Sie auch unser politisches System etwas kennenlernen. Es ist ja mittlerweile eine Selbstverständlichkeit geworden, dass wir uns in Europa gegenseitig besuchen; ich finde, das sollten wir pflegen und auch auf diese Weise fortsetzen. Es ist schön, dass Sie alle heute gekommen sind.

(Beifall)

Der Kollege Müntefering hat schon darauf hingewiesen, dass es wichtige Themen gibt, die in diesen Wochen und Monaten bis Weihnachten im Deutschen Bundestag diskutiert werden. Ich möchte Sie auffordern: Nutzen Sie die Zeit, sich mit der Politik hier im Bundestag in Berlin vertraut zu machen, soweit das in dieser kurzen Zeit geht!

Man hört häufig den Vorwurf, dass die Politiker mehr oder weniger alle dasselbe

sagen und dass man kaum noch zwischen den politischen Parteien und den Programmen unterscheiden kann. Richtig ist, dass sich die Fragen in einer entwickelten Industriegesellschaft immer komplexer und immer dynamischer darstellen. Das heißt, es ist nicht mehr so einfach, in Deutschland zwischen den unterschiedlichen Lösungen zu unterscheiden, wie das vielleicht noch vor 30 oder 40 Jahren der Fall war. Man muss heute vielleicht genauer hinsehen; aber wenn Sie genauer hinsehen, dann werden Sie feststellen, dass es doch deutliche Unterschiede gibt.

Der Kollege Müntefering hat soeben die Frage der anstehenden Reformen insbesondere vor dem Hintergrund der sozialen Gerechtigkeit und auch der Verteilungsgerechtigkeit angesprochen. Das sind sicherlich wichtige Punkte. Aus meiner Sicht ist es aber noch wichtiger, dass wir in Deutschland wieder ein vernünftiges Verhältnis zur Leistung bekommen, dass wir in unserem Land eine Kultur entwickeln, in der sich Leistung wieder lohnt.

(Beifall)

Ludwig Erhard hat einmal gesagt, die Hypertrophie des Sozialstaates führe zu sozialer Unmündigkeit. Damit meinte er: Der Staat, der sich immer mehr Aufgaben auflädt - er hat das schon damals, vor über 30 Jahren, erkannt -, überfordert sich selber, überfordert die Gesellschaft und überfordert die Bürgerinnen und Bürger. Mündigkeit bedeutet, dass man sein eigenes Schicksal zunächst einmal selbst in die Hand nehmen kann. Dazu gehört, dass man denjenigen hilft, die weniger als andere bemittelt sind. Voraussetzung für die Mündigkeit ist aber zunächst einmal, dass der Staat und die Gesellschaft jedem die Chance einräumen, sein eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen.

Wir haben heute das Problem, dass der sich überfordernde Sozialstaat tatsächlich zu sozialer Unmündigkeit führt, weil er gerade diejenigen, die schwächer sind, ausschließt. Heute müssen Sie sehr qualifiziert sein - wesentlich qualifizierter als vor 20 oder 30 Jahren -, um mit der Kraft Ihrer eigenen Hände und Ihres eigenen Kopfes Ihren eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Das ist auch eine Folge der Hypertrophie des Sozialstaates, eine Folge davon, dass sich der Staat immer mehr zumutet und immer weniger Freiraum für den Einzelnen lässt.

Sie sind mit bestimmten Bildern von der Politik hierher gekommen. Aus meiner Sicht ist es so - ich glaube, ich spreche auch für die Kolleginnen und Kollegen -, dass die Bilder, die die Politik darstellen, häufig nicht ganz der Wahrheit entsprechen, dass die Politik zu schlecht dargestellt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen möchte ich Sie auffordern: Überprüfen Sie Ihre eigenen Bilder! Sagen Sie uns, was Ihnen nicht gefällt! Seien Sie kritisch, auch gegenüber den Bildern und Vorstellungen, die Sie haben; gleichen Sie das ab! Wenn Sie dann hinterher ein eigenes, neues Bild haben, dann würde ich mich freuen, wenn wir alle davon profitieren könnten.

In diesem Sinne: Viel Spaß und alles Gute in Berlin!

(Beifall)

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich konnte es wirklich nicht zulassen, dass in der ersten Sitzreihe meiner Fraktion zwei Männer sitzen, und musste deshalb dafür sorgen, dass wenigstens eine Frau an der Stelle sitzt, von der aus sonst Bündnis 90/Die Grünen vertreten wird. Eigentlich sitzen bei uns sogar zwei Frauen in der ersten Reihe.

(Teilweise Heiterkeit und Beifall)

Warum bei uns Frauen in die erste Reihe gehören, brauche ich hier ja wohl nicht weiter zu erklären.

Eckart von Klaeden hat über dieses Wochenende gesprochen. Vielen Dank für die Glückwünsche! Ich kann sie zurückgeben. Es herrscht große Freude bei den Grünen in Bayern, aber auch bei uns, weil die CSU absolut so viele Stimmen verloren hat, wie die Grünen dazugewonnen haben. Da ja fast immer nur prozentuale Wahlergebnisse genannt werden, muss man das auch einmal so darstellen, denn auch dieser Sachverhalt hat mit der Interpretation von Politik zu tun.

Ich habe vor ein paar Tagen in „Spiegel online“ einen Artikel gelesen, in dem es darum ging, warum es sich lohne, Politiker zu werden. Ausgangspunkt war ein heute sehr bedeutender Mensch, der einmal am Zaun des Kanzleramts gerüttelt und gesagt hat: Ich will da herein. Als Hintergrund für diesen Wunsch wurde festgestellt, dass man einen

Dienstwagen bekomme, mit dem man zur Feinkostabteilung des KaDeWe fahren könne, und alles sehr bequem sei. Ich glaube, dass diejenigen, die heute hier sind, nicht solch ein Bild von Politik haben. Trotzdem möchte ich die Frage, warum man das eigentlich macht, an dieser Stelle noch einmal stellen und für mich beantworten: Vielleicht, weil man Lust am Streit hat; vielleicht, weil man Lust an der Macht hat - ich persönlich halte Macht für nichts Schlimmes, sondern sehe darin eine Möglichkeit, Dinge zu beeinflussen; und das ist gut -; vielleicht vor allen Dingen aber auch, weil man ein Bild von einer Gesellschaft hat, in der man leben möchte, ein Bild von einem Land, in dem man leben möchte, und ein Bild davon, wie man es in Zukunft seinen Kindern und Kindeskindern übergeben möchte.

Franz Müntefering hat von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit geredet. Das Thema treibt auch mich persönlich am meisten um. Dabei geht es, wie ich finde, nicht darum, Altersgrenzen für den Einbau von Hüftgelenken festzulegen.

(Teilweise Beifall)

Ich glaube auch nicht, dass wir eine Auseinandersetzung zwischen den Generationen brauchen. Ich finde aber, dass wir uns sehr wohl darüber Gedanken machen müssen, wie unser Land so werden kann, dass die kommenden Generationen in ihm gerne und gut leben können. Auf diese Fragen müssen wir Antworten finden.

Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass nicht - so wie heute - immer weniger Kinder geboren werden. Das liegt ja nicht daran, dass immer mehr in den Gebärstreik treten, sondern daran, dass die Bedingungen nicht mehr stimmen, sich also junge Menschen und Kinder in diesem Land nicht mehr wohl fühlen. Hierbei geht es um eine der für uns ganz zentralen Fragen.

(Teilweise Beifall)

Deswegen machen wir auch diese vielen Reformen - es liegen gerade 2 000 Blatt eng beschriebenes Papier auf dem Tisch, über die wir in diesem Herbst abstimmen müssen -, weil wir wollen, dass in diesem Land alle die gleichen Chancen haben, also unter anderem Kinder von Sozialhilfeempfängern die gleichen Chancen haben, Abitur zu machen, wie Kinder aus einem Arzthaushalt. Das ist heute nicht gegeben: Die Chancen für Kinder aus einem Sozialhilfehaushalt sind

zehnmal geringer als die aus einem Ärztehaushalt. Hier muss sich etwas ändern in Deutschland.

(Teilweise Beifall)

Dazu gehört in der Tat, dass wir in Kinderbetreuung und in Bildung investieren. Dazu gehört übrigens auch, dass wir etwas an der Mentalität ändern, mit der Politik gemacht wird. Aufgabe der Politik kann es nämlich nicht sein, Vorstellungen davon zu entwickeln, wie die Menschen in unserem Land zu leben haben, von dem Tag, an dem sie geboren werden, bis zu dem Tag, an dem sie sterben, sondern Politik muss Freiräume und Rahmenbedingungen schaffen, damit es Möglichkeiten und Chancen für jeden gibt, statt festzulegen, was für jeden das Beste wäre. Das wäre eine positive Umschreibung des Begriffs Freiheit, wie wir sie brauchen.

Das Ganze hat natürlich sehr viel mit Verantwortung und Gerechtigkeit zu tun. Verantwortung heißt für mich, dass ich über meinen eigenen Tellerrand, über die Grenzen dieses Landes und über meine eigene Lebenszeit hinaus denke. Solche Verantwortung wahrzunehmen ist in einer Zeit dringend notwendig, wo das eigene Fortkommen eher behindert wird, wenn man sich um andere kümmert oder wenn man über den nächsten und übernächsten Tag hinausdenkt.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie etwas von solcher Verantwortung in diesen Tagen lernen. Ich wünsche Ihnen, dass Sie in unserem Land etwas von der Freiheit, die ich meine, zu spüren bekommen, und ich hoffe, dass Sie Lust daran bekommen, solche Freiheit zu gestalten und solche Verantwortung wahrzunehmen. Darauf kommt es nämlich an.

Zum Schluss - -

Präsident Wolfgang Thierse: Sie haben Ihre Redezeit schon überschritten.

(Teilweise Beifall)

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt, inzwischen um 38 Sekunden. - Zum Schluss will ich Ihnen trotzdem noch eines sagen: Wolfgang Thierse hat gesagt, gehen Sie höflich miteinander um. Dieser Meinung bin auch ich. Trotzdem sollten Sie auch richtig miteinander streiten, weil man sich erst im Streit wirklich eine eigene Meinung bilden kann. Wir brau-

chen aufrechte Menschen mit einer eigenen Meinung, die sich streiten wollen, die sich streiten können und die am Ende hoffentlich einen gemeinsamen und versöhnlichen Weg finden.

Vielen Dank und Ihnen viel Spaß in Berlin.

(Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Kollege Wolfgang Gerhardt wird nun die FDP-Fraktion vorstellen.

(Beifall)

Dr. Wolfgang Gerhardt (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe gerade den Gast begrüßt, der auf meinem Platz sitzt. Diesen Einzelstuhl, von dem aus ich sonst die Debatten wahrnehme, betrachte ich immer als eine Art vorgeschobenen Beobachterposten.

Sie erleben die Vorstellung von uns Kollegen, die wir in der Führung der Fraktionen tätig sind, weniger in streitiger Auseinandersetzung als in kollegialer Art. Das ist auch richtig so. Wir streiten hier zwar miteinander; aber es gibt auch Phasen, in denen wir den Umgang miteinander so pflegen, dass etwas zustande kommen kann. Im Grunde streiten wir miteinander so heftig, weil wir unterschiedliche - das wollen wir gar nicht leugnen - politische Grundrichtungen vertreten. Das ist auch ganz legitim.

Der Kollege Müntefering vertritt eine geschichtlich gewachsene Grundrichtung der Sozialdemokratie. Er hat andere Einstellungen in Bezug auf staatliche Aufgaben als ich als Vertreter der Freien Demokraten. Das ist legitim. Wir setzen uns darüber auseinander, weil es diese Auffassungen auch in der Bevölkerung gibt. Es ist ja nicht so, als führten wir hier streitige Debatten, ohne dabei das widerzuspiegeln, worüber auch in der öffentlichen Meinung Streit herrscht. Sie erleben ja auch im Privaten und im Freundeskreis unterschiedliche Einstellungen zu Themen. Das Parlament muss diese Einstellungen für die Bundesrepublik Deutschland auch öffentlich repräsentieren. Menschen sollen sich also ihre Meinung bilden, die unterschiedlichen Argumente gewichten und sich bei Wahlen entscheiden. Es muss Kontroversen geben. Wenn es die nicht gäbe, bräuchte man keinen Wettbewerb in Wahlkämpfen. Den muss es aber in einer freiheitlichen Demokratie

geben. Die Frage ist nur, in welchem Stil und mit welcher Klarheit man die Debatte führt.

Der Kollege von Klaeden vertritt die konservative Grundrichtung in der deutschen Politik. Das ist eine legitime, auch in der Bevölkerung vertretene Auffassung, in Bayern von einem übergroßen Teil der Bevölkerung, wie wir gestern erlebt haben.

(Teilweise Beifall)

Das bringen solche Wahlen ans Tageslicht; das muss man akzeptieren. Das ist ein Stück gelebte Demokratie.

Frau Kollegin Göring-Eckhardt vertritt eine in jüngerer Zeit gewachsene Grundrichtung, die der Grünen, die mit anderen Akzentsetzungen in das traditionelle Parteiensystem hereingekommen sind. Ich vertrete die Freien Demokraten. Nach meinem Bild von persönlicher Unabhängigkeit und persönlicher Freiheit glaube ich nicht, dass der Staat für die Bürger mehr tun kann, als sie für sich selbst tun können und sollten.

(Teilweise Beifall)

Ich glaube, dass das die Voraussetzung für Freiheit ist. Diese Freiheit kann aber nicht unabhängig von Werten sein. Jeder persönlich muss sich für Werte entscheiden, die im Grunde auch in der Verfassung beschrieben werden. Es gibt keine Unabhängigkeit von Verantwortung, wenn man Freiheit erhalten will.

Im Übrigen - ich will an das anknüpfen, was der Kollege Müntefering gesagt hat - ist viel davon gesprochen worden, was wir alles besser machen müssen. So wird in breiter Öffentlichkeit die Diskussion darüber geführt - Sie beschäftigen sich damit auch in einem Arbeitskreis -, ob die Biowissenschaften mehr Risiken oder mehr Chancen bieten.

Ich wurde 1943 geboren. Ich weiß es zu würdigen - Sie hoffentlich auch -, dass unsere Generation die längste Friedensperiode seit über einem Jahrhundert in Deutschland erlebt hat, dank der Europäischen Union, der internationalen Verbindungen und der Bündnisfähigkeit des Landes. Generationen vor uns haben sich, als sie ein Kind zur Welt brachten, nicht gefragt, ob die Familienpolitik gut gestaltet ist. Das gilt auch für mich, der ich während des Krieges geboren bin. So glaube ich nicht, dass es nur auf die Gestaltung von staatlichen Rahmenbedingungen ankommt. Den demographischen Wandel werden wir in Ihrem Sinne nur bewältigen können, wenn es auch in Zukunft

Familien gibt, die sich für ein Kind entscheiden, es zur Welt bringen und vernünftig erziehen. Das ist die Voraussetzung für die Bewältigung der Zukunft.

(Beifall)

Dazu kann man vieles staatlich beitragen, da kann man bessere Rahmenbedingungen schaffen wie etwa mehr Ganztagschulen, die dazu beitragen, dass Familie und Beruf besser in Einklang gebracht werden können. Im Kern bringt das aber alles nichts, wenn man nicht nach der Qualität von Bildung fragt. Es geht nicht nur um die Organisationsform der Schulen; es geht darum, dass Kinder mit anspruchsvollen Gegenständen im Unterricht und mit großartigen Lehrerpersönlichkeiten konfrontiert werden. Wenn das nicht gelingt, werden keine Steuerentkungen, keine Änderung der familienpolitischen Rahmenbedingungen und auch nichts anderes Deutschland wieder wettbewerbsfähiger machen, als es heute ist. Wir müssen Wert darauf legen, dass Qualifizierung in Bildung sowie Erziehung - das sage ich bewusst dazu - gestärkt werden. Damit werden die Wettbewerbsfähigkeit und die internationalen Chancen verbessert; das macht am Ende soziale Stabilität aus.

(Teilweise Beifall)

Soziale Stabilität wird im Kern nicht durch Arbeitslosenhilfe und die Begleitung von Arbeitslosigkeit gesichert. Der Kern sozialer Stabilität ist ein Arbeitsplatz. Das müssen wir im Auge haben, weil das für die Familien, für die eigene Lebenserwartung und für eine optimistische Grundhaltung wirklich wichtig ist. Menschen, die keine Chance mehr auf einen Arbeitsplatz haben, fühlen sich verloren, zweifeln an sich selbst und sehen keine Lebenschancen mehr. Dann entsteht eine Lage, die die Demokratie gefährden kann. Ein geschichtlicher Abschnitt Deutschlands ist hierfür ja das beste Beispiel.

Ich will damit sagen: Die geschriebene Verfassung, das Grundgesetz, alles, was wir an Grundlagen haben, ist hervorragend; aber das alles wird nicht ausreichen, wenn die Menschen die Werte, die das Grundgesetz uns vermitteln will, nicht als Chance begreifen und leben. Ich glaube, dass Sie sich mit Ihrem Engagement schon dazu entschlossen haben, einen Beitrag für das öffentliche Leben zu leisten. Dafür will ich Ihnen danken.

Herzlich willkommen in Berlin!

(Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Herzlichen Dank für diese kurze Vorstellung. Ich weiß, fünf Minuten sind eine ziemlich kurze Zeit. Wenn Sie eine etwas längere Praxis der politischen Rede haben, werden Sie merken, in fünf Minuten kann man nicht so sehr viel unterbringen und man muss sich besonders konzentrieren. Nach meiner Erfahrung ist die ideale Einheit eine Redezeit von zehn Minuten. Da kann man alles Wichtige sagen. Wer das dann nicht kann, der taugt nicht zum politischen Redner.

(Vereinzelt Beifall)

Die Fraktionen haben ja Zeit, sich anschließend in ihren Fraktionssälen vorzustellen. Zugleich besteht auch Gelegenheit zur Diskussion. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Vorstellungen der Fraktionen nicht als geschlossene Vortragsveranstaltungen gedacht sind, sondern offene Gesprächsrunden sein sollen. Ich lade Sie ein, den Versuch zu machen, nicht nur bei einer Fraktion zuzuhören und mitzumischen, sondern auch einmal zu wechseln und auch von der jeweils anderen Seite etwas wahrzunehmen. Zu frühe Frontbildungen tun auch nicht gut. Hören Sie also ein bisschen auch bei den anderen herein.

Bevor Sie nun von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Besucherdienstes zu den Fraktionssälen begleitet werden, bitte ich Sie, wenn Sie es möchten, zu einem gemeinsamen Erinnerungsfoto hier nach vorne unter unseren berühmten Bundestagsadler, der im Volksmund „Fette Henne“ genannt wird, zu kommen. Dies bezeichnet ja immerhin auch einen sehr friedlichen Vogel.

Ich wünsche Ihnen in den nächsten beiden Tagen interessante Begegnungen, spannende Gespräche und eine gute Arbeit hier im Deutschen Bundestag. Ich hoffe, Sie freuen sich auf die Diskussionen genauso wie ich und meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 9.36 Uhr)